

Wahlprogramm DIE LINKE. Steglitz-Zehlendorf

A wie Aufbruch

DIE LINKE. wird gebraucht in Steglitz-Zehlendorf! Wir sind 2016 erstmals mit drei Verordneten in die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) eingezogen und hatten die Gelegenheit, unsere Politik im Bezirksparlament zu vertreten. Mit diesen Erfahrungen im Rücken wollen wir gestärkt in die nächste Legislatur aufbrechen!

Was wir erreichen wollen, haben wir in diesem Wahlprogramm in intensiver Diskussion mit vielen Beteiligten zusammengestellt: unsere Ideen von A bis Z für ein soziales, demokratisches und ökologisches Steglitz-Zehlendorf! Kurz gefasst und auf den Punkt gebracht: DIE LINKE. möchte das Leben in diesem Bezirk gerechter und für alle lebenswerter machen!

Der Bezirk, das sind wir, die Menschen, die hier leben und arbeiten. Das Verwaltungshandeln muss von den Interessen dieser Menschen bestimmt sein. Die Steglitz-Zehlendorfer:innen sind Expert:innen für all das, was „vor Ort“ geschieht. Wir setzen auf *Bürger:innenbeteiligung* auf allen Ebenen. Melden Sie sich jederzeit bei uns!

Antifaschismus/Antirassismus

In Steglitz-Zehlendorf beobachten wir eine Zunahme an rassistischen und rechtsextremen Vorfällen. Dies passiert nicht nur in unserem Bezirk, sondern es ist ein allgemeiner Trend auf der Straße und in Sozialen Netzwerken. Unsere Gesellschaft ist verpflichtet, das nicht zuzulassen. Gegen diese Ideologie des Hasses und der Gewalt braucht es eine klare Haltung für Toleranz, Demokratie und Diversität!

DIE LINKE. arbeitet mit der VVN-BdA („Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“), dem Register Berlin und antifaschistischen Organisationen wie dem Bündnis „SZ weltoffen“ und Omas gegen Rechts aktiv zusammen. Wir engagieren uns für ein tolerantes, lebenswertes Steglitz-Zehlendorf für alle.

Uns ist es deswegen auch wichtig, eine lebendige Gedenkkultur mit erkennbarem Konzept in Steglitz-Zehlendorf zu etablieren. Da gibt es viel zu tun: Im Bezirk sind zum Teil noch immer Ehrungen an Antisemiten und aus der NS-Zeit sichtbar, z. B. die Treitschkestraße in Steglitz oder die Spanische Allee in Zehlendorf, die 1939 zu Ehren der mörderischen „Legion Condor“ benannt wurde. Die Linksfraktion Steglitz-Zehlendorf hatte 2019 erfolglos die Umwidmung der Straße beantragt. Bei anderen Anträgen auf Umbenennung und Informationstafeln waren wir erfolgreich, z. B. bei der Gallwitzallee, dem Maercker- und Weddingenweg.

2020 hat der rot-rot-grüne Senat Paul von Hindenburg aus der Ehrenbürger:innenliste Berlins gestrichen. Wir fordern weiterhin eine Umbenennung des Hindenburgdammes sowie Hinweistafeln, die Hindenburg als das kennzeichnen, was er war: Kriegstreiber, Antidemokrat und Steigbügelhalter des Faschismus.

Nur durch die Erinnerung an die Vergangenheit werden wir die Fehler in der Zukunft nicht wiederholen. Nie wieder!

Arbeit

Steglitz-Zehlendorf bietet vielen Menschen nicht nur *Wohnung*, sondern auch Arbeit: das Benjamin-Franklin, die Freie Universität, das *Bezirksamt* mit allen Abteilungen, die Schulen und Kindergärten, die Schloßstraße mit ihren Einzelhandelsgeschäften (*Wirtschaft*), das Schlossparktheater, der Botanische Garten, Restaurants, das Gewerbegebiet Goerzallee und der Teltower Damm – um nur einige Orte zu nennen. Die Professionen sind vielfältig, die Einkommensverhältnisse ebenso verschieden wie die Arbeitsbedingungen.

Einhaltung des Mindestlohns, Vergabe nur an tarifgebundene Unternehmen, Kontrolle der Einhaltung von Gesundheits- und Arbeitsschutz und menschenwürdiger Arbeitsbedingungen sind unsere Forderungen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen. DIE LINKE. Steglitz-Zehlendorf unterstützt die Beschäftigten des Charité Facility Managements (CFM) in ihrem Anliegen, wieder unter gleichberechtigten Bedingungen zu arbeiten wie die Kolleg:innen im Mutter-Unternehmen Charité. Wir fordern für alle *Pflegekräfte* höhere Löhne und einen guten Pflegeschlüssel. Der Arbeitskampf der Beschäftigten im Einzelhandel auf der Schloßstraße für bessere Entlohnung und den Erhalt ihrer Arbeitsplätze wurde von der LINKEN. aktiv begleitet. Wir setzen uns ein für die Ausweitung von Betriebskindergärten und Ganztagschulen, um vor allem auch Alleinerziehende zu entlasten.

Nicht zuletzt ist der Bezirk selbst ein großer und wichtiger Arbeitgeber in Steglitz-Zehlendorf. DIE LINKE. fordert die Ausschöpfung aller Möglichkeiten, die

eine flexible Gestaltung der Erhöhung von Entgelten bzw. Entgeltgruppen anbelangen. Mit der Anwendung des DGB-Indexes „Gute Arbeit“ können die bezirklichen Einrichtungen und alle Abteilungen des *Bezirksamtes* in Sachen Arbeitsbedingungen mit gutem Beispiel vorangehen. Dazu gehören auch flexible Arbeitszeitmodelle, die Ermöglichung von Home Office, Bereitstellung der entsprechenden Technik, Firmentickets, attraktive Fortbildungsangebote, gute Modelle für den Wissens- und Erfahrungstransfer bei der Einarbeitung neuer Mitarbeitenden (insbesondere bei Stellen mit Personalverantwortung), und die Vereinbarkeit von *Familie* und Beruf.

Leben, *Wohnen* und Arbeiten gehen Hand in Hand. Nicht nur, um weite Wege zur Arbeit zu sparen, sondern auch, um eine „bunte Mischung“ im Bezirk zu haben, möchten wir, dass Menschen, die hier arbeiten, auch hier wohnen und leben können. Egal, in welcher Preisklasse. Dazu bedarf es neben einer bezahlbaren Miete auch einer Infrastruktur in der Daseinsvorsorge.

Ausbildung

DIE LINKE. Steglitz-Zehlendorf setzt sich für eine stärkere Wertschätzung der Beruflichen Bildung ein. Berufliche Orientierung an Schulen (auch Gymnasien!) muss früher einsetzen, qualifiziert und ausgeweitet werden. Das Schulamt soll die Schulen durch geeignete Beratungs- und Förderungsangebote unterstützen.

Große Veränderungen wird das Gelände des *Jugendausbildungszentrums* Berlin (JAZ) in Zehlendorf erleben. Wir setzen uns für eine Zukunft des Standortes ein. Mit Fachpersonal und professionellem Konzept, einer räumlichen sowie technischen Aufwertung und eventuell neuen Nutzer:innengruppen, z. B. Geflüchteten (*Integration*).

Barrierefreiheit

Barrierefreiheit bedeutet für uns ein solidarisches und gleichberechtigtes Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung. Wir fordern, mehr mit Menschen mit Behinderung zu reden als über sie. Der Umsetzung der UN-Behindertenkonvention muss Vorrang eingeräumt werden!

Im Bezirk sieht man zwar Leitsysteme und akustische Ampeln für Blinde und Sehbehinderte oder vereinzelt abgesenkte Gehwege zur besseren

Straßenüberquerung für Rollstuhlfahrer:innen, aber die Inklusion von Menschen mit Behinderung in Steglitz-Zehlendorf lässt noch viele Wünsche offen.

Die Teilhabe von Menschen mit Behinderung darf nicht zusätzlich dadurch eingeschränkt werden, dass die vorgeschriebenen baulichen und technischen Voraussetzungen nicht genügend umgesetzt werden. Aufzüge an Bahnhöfen (ÖPNV) und in Gebäuden müssen funktionieren und regelmäßig gewartet werden. DIE LINKE. setzt sich dafür ein, dass Barrierefreiheit bei allen Vorhaben im Hoch- und Tiefbau beachtet wird (*Neubau*). Dafür ist es unerlässlich, dass die Mitarbeiter:innen der entsprechenden Abteilungen des *Bezirksamtes* geschult sind und mit der Beauftragten für Behinderte im Bezirk gut zusammenarbeiten. Dies kann gelingen, wenn es den politischen Willen und klaren Auftrag dazu gibt!

Barrierefreiheit beinhaltet nicht nur bauliche, sondern v. a. auch technische Maßnahmen. DIE LINKE. fordert seit langem die Überholung der akustischen Anlage im Bürgersaal des Rathauses Zehlendorf sowie einen Livestream der BVV-Sitzungen und Ausschusssitzungen, um allen Bürger:innen die Teilhabe zu ermöglichen. Gerade *öffentlichen Gebäuden* kommt hier eine besondere Bedeutung zu (Zielvorgaben finden sich z. B. im Handbuch des Senats „Berlin – Design For All“). Beim Neubau des Rathauses Zehlendorf hat der Bezirk die Chance, all das mustergültig umsetzen.

Bezirksamt

Die Ansprechbarkeit der Familienbüros, der *Sozialen* Wohnhilfe und anderen entscheidenden Stellen im Bezirksamt oder ausreichende personelle Ressourcen in den Bürgerämtern sowie im Ordnungsamt sind im Sinne aller! Jedes gute psychosoziale Beratungsgespräch dient der Entlastung. Knöllchen spülen Geld in die Bezirkskasse. Eine rasche Bearbeitung des beantragten Personalausweises spart Nerven und Zeit. Ein zügiger Ausbau der *Rad*infrastruktur macht den gesamten Verkehr sicherer. Deshalb steht DIE LINKE. klar für eine Stärkung der Verwaltung auf allen Ebenen. Dazu gehört der Ausbau der *Digitalisierung* ebenso wie die Einrichtung eines weiteren Familienbüros.

Verwaltung und Bezirksamt müssen sich verstärkt als Dienstleister:in verstehen für die Anliegen der Bürger:innen. Es muss eine Selbstverständlichkeit sein, dass eine wertschätzende Rückmeldung erfolgt. DIE LINKE. ist für die unbedingte Beachtung des Informationsfreiheitsgesetzes – die Verwaltung hat die größtmögliche Transparenz zu gewährleisten. Nur so ist Beteiligung und Mitsprache möglich.

Gerade in der Corona-Pandemie wurde sichtbar, dass im Bezirksamt Personal fehlt. Das geht zu Lasten der Kolleg:innen, aber auch zu Lasten der Bürger:innen, die keine Anlaufstelle für ihre Anliegen haben. Es bedarf einer vorausschauenden Personalplanung, der Beschleunigung und Entbürokratisierung von Bewerbungs- und Stellenbesetzungsverfahren und *Ausbildung* über den Bedarf hinaus. Auch die Frage der Einarbeitung in neue oder zu übernehmende Aufgabenfelder ist für alle Beteiligten von entscheidender Bedeutung, um reibungslose Abläufe zu gewährleisten – notwendige Veränderungen von Strukturen, Arbeitsinhalten und Arbeitstechniken müssen von entsprechenden Fortbildungen begleitet werden. Gute *Arbeitsbedingungen* im Bezirksamt sind gut für uns alle!

Bildungsgerechtigkeit

Die *soziale* Herkunft und das persönliche Umfeld bestimmen maßgeblich die Bildungsbiografien. Dieser Zusammenhang ist kein Naturgesetz – sofern der politische Wille vorhanden ist, kann gegengesteuert werden. Wir setzen uns für eine höhere Durchlässigkeit bei Bildungsgängen ein und wollen die Übergänge zwischen Kita, Schule, Ausbildung und Studium durch Bildungsverbünde stärken – z. B. durch die Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen mit dem Quartiersmanagement in der Thermometersiedlung.

DIE LINKE. setzt sich schon lange für kostenlose Kitas ohne Bedarfsprüfung ein. Der rot-rot-grüne Senat hat dieses Versprechen eingelöst. Doch wir brauchen dringend mehr Kitaplätze und einen besseren Betreuungsschlüssel. Zudem muss das pädagogische Personal in den Kitas angemessene Löhne (z. B. wie Grundschullehrer:innen) und mehr Wertschätzung erhalten.

Der rot-rot-grüne Senat hat in dieser Legislatur ein kostenloses Schulesen eingeführt. Im Bezirk sind jetzt die notwendigen räumlichen und strukturellen Voraussetzungen zu schaffen. Seit 2018 erhalten Grundschulkinder zudem wieder unentgeltlich Lernmittel. In unserem Bezirk muss sichergestellt werden, dass vom Land Berlin zugewiesene Gelder auch zu 100 % für Lernmittel verwendet werden.

Die Rahmenbedingungen in den Schulen müssen stimmen: Eine Auflösung des Staus bei der *Schulsanierung*, sichere *Schulwege* und die Rekommunalisierung der *Schulreinigung* gehören für uns ebenso zur Bildungsgerechtigkeit wie ein aktueller *Schulentwicklungsplan*.

Die Corona-Krise und die vorübergehenden Schließungen von Kitas und Schulen haben vorhandene soziale Unterschiede im Bildungsbereich deutlich sichtbar gemacht und auch verstärkt. In Sachen *Digitalisierung* besteht noch großer

Bedarf: Nicht alle Schüler:innen in unserem Bezirk verfügen über häusliche Rückzugsorte, einen Computer und Internet, um zu lernen und um am Fernunterricht erfolgreich teilnehmen zu können. Vor allem diese Kinder möchten wir durch die Bereitstellung von technischer und pädagogischer Förderung unterstützen. Kitas und Schulen sollten außerdem konsequent bei der Einhaltung der notwendigen Hygienestandards und mit Hilfsmitteln wie beispielsweise CO2-Warnern, Lüftungsgeräten und kostenlosen Corona-Tests unterstützt werden.

Es gibt Lernbereiche, die an den Schulen stärker gewürdigt werden müssen. Workshops und Maßnahmen beispielsweise zu Gewaltprävention und gegen Diskriminierung müssen ausgebaut werden. Demokratie muss erlebbar und lernbar sein – dies gelingt nur, wenn auch Schule ein demokratischer Ort ist, der von allen Beteiligten mitgestaltet werden kann. Gremien der Selbstverwaltung müssen gestärkt werden. Kunst, Musik, Theater – die *kulturelle* Arbeit muss an allen Schulen verankert werden. Auch der *Sport* muss gefördert werden. Bildung darf nicht nur auf materielle Zwecke reduziert sein – Kinder brauchen kreative Ideen.

Bürger:innenbeteiligung

Zu einem selbstbestimmten Leben gehört auch Teilhabe an Entscheidungsprozessen und die Möglichkeit der Mitgestaltung. Wir LINKE. stehen für ein Umdenken in Politik und Verwaltung in Steglitz-Zehlendorf. Es müssen Strukturen und Ressourcen geschaffen werden, die eine Mitbestimmung über den Wahlsonntag hinaus auch im Bezirk möglich machen.

Stichwort Bürger:innen-Räte: Zu bestimmten Themen und Projekten finden sich zufällig ausgeloste, aber repräsentative Bürger:innen (freiwillig) zusammen und erarbeiten Lösungsansätze und Ideen, die im nächsten Schritt öffentlich und breiter diskutiert werden. Die Verwaltung ist dann in der Pflicht, sich mit diesen Ideen zu beschäftigen und sie umzusetzen – und nur dann, wenn sie es gut begründen kann, können Vorschläge abgelehnt werden. Warum sollten Bürger:innen nicht ihre Ideen zu bestimmten Projekten einbringen und Verwaltungshandeln anregen? Nicht Beirat sondern Rat. Nicht ein bisschen mal die Meinung sagen, sondern tatsächlich Einfluss nehmen können, wie z. B. auch durch einen Bürger:innen*haushalt*. Nicht die Bürger:innen sind Bittsteller:innen, sondern Verwaltung muss sich dafür rechtfertigen, wenn Vorschläge nicht umgesetzt werden. Das verstehen wir unter Mitbestimmung, Gestaltung und Demokratie.

DIE LINKE. will die Einbeziehung der Bürger:innen auch bei Fragen der *Stadtentwicklung* stärken. Wir unterstützen Bewohner:innen und Initiativen bei ihrem Kampf gegen steigende Mieten und Verdrängung, wie z. B. die Bewohner:innen des

ehemaligen Schwesternwohnheims in der Waltraudstraße 45. Auch langjähriger *Leerstand* wie beim Haus Gardeschützenweg 3 muss beendet werden! Die von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung entwickelten Leitlinien zur Bürger:innenbeteiligung müssen auch bei den Planungen in Steglitz-Zehlendorf Anwendung finden. Denn: Beteiligung ernst meinen heißt Mitsprache gestalten!

Digitalisierung

Die Pandemie hat gezeigt, dass die Digitalisierung an den Schulen unzureichend ist (*Bildungsgerechtigkeit*). Es fehlen technische Voraussetzungen und didaktische Konzepte. Es ist nicht garantiert, dass alle Schüler:innen die offiziellen digitalen Angebote nutzen können. Der Senat hat damit begonnen, das zu ändern. Das reicht aber nicht aus.

Die Grundlage eines didaktischen Konzepts darf dabei nicht allein die Beherrschung der Geräte sein. Vielmehr gehört die Befähigung zu einem kritischen Umgang mit Digitalisierung, Inhalten aus dem Internet und insbesondere Social Media auf jeden Lehrplan.

Wir fordern deshalb die Ausstattung aller Schulen mit ausreichend schnellem Internet und der notwendigen Soft- und Hardware. Jede Schule muss feste Administrator:innen für den Betrieb und die Wartung der Technik haben. Außerdem soll das bezirkliche Medienkompetenzzentrum gestärkt werden.

Auch die Digitalisierung im *Bezirksamt* und der BVV muss endlich sichtbar voranschreiten! Wir brauchen ein mobiles Endgerät für alle Beschäftigten, die es benötigen. Digitalisierung ist nicht nur eine Frage der Beschleunigung und Entbürokratisierung, sondern auch von *Barrierefreiheit* und *Bürger:innenbeteiligung*: Deshalb müssen die BVV-Sitzungen und die Ausschüsse wie in anderen Bezirken selbstverständlich per Livestream übertragen werden.

Entmilitarisierung

DIE LINKE. als Friedenspartei beobachtet mit Sorge eine zunehmende Militarisierung der Gesellschaft. An Schulen und im öffentlichen Raum sehen wir *Werbung* für die Bundeswehr – als sicherer, spannender Arbeitsplatz mit der Waffe in der Hand.

Wir sehen auch die Not, die in Pandemiezeiten in unserem kaputtgesparten öffentlichen *Gesundheitswesen* offenkundig wurde. Wir sehen, dass die

Mitarbeitenden der Gesundheitsämter die Arbeit im Krisenmodus nicht mehr bewältigen konnten. Die Antwort darauf kann aber nicht ein Einsatz von Bundeswehrsoldat:innen in Uniform in Impfzentren, Gesundheitsämtern und Testzentren sein! Alternativen wurden nicht ausreichend geprüft.

DIE LINKE. Steglitz-Zehlendorf sagt klar: Bundeswehr raus aus dem Gesundheitswesen und aus den Schulen!

Familie

Gerade in der Corona-Pandemie haben wir erlebt, wie wichtig ein guter Zusammenhalt in der Familie ist und wie rasch aber auch Überforderung eintreten kann, unter der dann alle leiden. Familien brauchen deshalb Entlastung und Stellen, an die sie sich wenden können, wenn sie Hilfe brauchen. Die Arbeit der beiden Familienbüros in Steglitz-Zehlendorf ist unbedingt zu sichern. Weitere Standorte z. B. in Kombination mit anderen Beratungs- und Hilfsangeboten und ein *Frauenkompetenzzentrum* halten wir für dringend geboten. Der Ausbau der Hilfen speziell für alleinerziehende Elternteile muss erfolgen, da dieser Personenkreis vielfach belastet ist. DIE LINKE. fordert außerdem, dass in allen bezirklichen Einrichtungen und Abteilungen des *Bezirksamtes* familiengerechte *Arbeitszeit-* und *Arbeitsplatzmodelle* entwickelt werden, die eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen.

Fußverkehr

Viele Fußwege in Steglitz-Zehlendorf sind in einem schlechten Zustand und zwingen Fußgehende auf einen Zick-Zack-Kurs. Zahlreiche Grünphasen, gerade bei wichtigen Kreuzungen, sind zu kurz für eine stressfreie Überquerung. Die Fußgänger:innenzone am Kleinen Teltower Damm wurde wieder abgewickelt, weil sich einige Autofahrer:innen nicht an die Regeln hielten.

DIE LINKE. Steglitz-Zehlendorf denkt Mobilität hingegen von den schwächsten Verkehrsteilnehmer:innen aus: Fußgehende, Menschen mit Rollator, Eltern mit Kinderwagen, Rollstuhlfahrer:innen usw. bilden die größte Nutzer:innengruppe im Verkehr. Sie brauchen Platz! Ihre Wege sind kein Abstellraum.

Wir wollen Fußgänger:innenzonen und Nachbarschaftsräume in Steglitz-Zehlendorf, z. B. im Mittelteil der Schloßstraße und wieder am Kleinen Teltower Damm. Auch die Sicherheit muss ausgebaut werden: durch Ampelschaltungen, die

auf Fußgehende ausgerichtet sind, mehr Zebrastreifen und eine klare Trennung zwischen Geh- und Radwegen. Eine sichere und komfortable Infrastruktur für *Radfahrer:innen* entlastet auch die Gehwege. Für die Umsetzung muss der Bezirk im *Haushalt* die entsprechenden (Personal-)Ressourcen bereitstellen.

Frauen

Die engagierte Arbeit der Frauenbeauftragten im Bezirk muss dringend besser finanziert werden. So fordern wir die Aufstockung des Etats für Öffentlichkeitsarbeit und frauenspezifische Angebote. Eine weitere LINKE. Forderung ist die Einrichtung eines bezirklichen Frauenbeirates, wie es ihn in anderen Bezirken bereits gibt. Dieser hätte zur Aufgabe, Ideen und Konzepte zu erarbeiten, wie Frauen im Bezirk stärker im beruflichen und *familiären* Kontext gefördert, und wie Strukturen geschaffen werden können, die Frauen ein selbstbestimmtes und gutes Leben ermöglichen.

Die Planungen, in *Lichterfelde Süd* das seit langem geplante Frauenkompetenzzentrum anzusiedeln, unterstützen wir als LINKE. und fordern eine rasche Realisierung, die auch zielgruppenspezifische Arbeit mit Mädchen im Fokus haben muss.

Gesundheit

Gesundheit umfasst mehr als die Abwesenheit von Krankheit. Wer um seine *Wohnung* oder Existenz fürchtet, lebt nicht gesund. Laute Hauptstraßen, zunehmende Hitzewellen und prekäre *Arbeitsverhältnisse* machen krank. Deshalb ist unser Einsatz als LINKE. für eine nachhaltige, *soziale* Politik auch ein Beitrag zur Gesundheit.

Gerade in der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, dass der Schein trügt, wir hätten ein gut funktionierendes Gesundheitssystem. Es rächt sich das, worauf DIE LINKE. immer wieder hingewiesen hat: Stellenabbau, zu hohe Fallschlüssel, Überbürokratisierung, Fallpauschalen, Ausgliederungen, Privatisierung und geringe Löhne. All dies führte in den letzten Jahren dazu, dass das öffentliche Gesundheitssystem ausgedünnt wurde. In Gesundheitsämtern und Impfzentren wurde deswegen die Bundeswehr zur Hilfe gerufen – diesen Einsatz lehnen wir ab (*Entmilitarisierung*)!

Stattdessen fordern wir die dauerhafte Erhöhung der Personalstellen im Gesundheitsamt Steglitz-Zehlendorf, sodass in nicht-pandemischen Zeiten von dort beispielsweise mehr Engagement in Fragen der Prävention erfolgen kann.

Eine gute, wohnortnahe Versorgung muss möglich sein – z. B. durch die Wiedereinrichtung der Kindernotfallambulanz. Für alle Beschäftigten in *Pflege* und Gesundheitswesen fordern wir eine tarifliche Bezahlung. Krankenhäuser müssen sich auf die Gesundheit der Bevölkerung konzentrieren und nicht auf Profite!

Glaubwürdigkeit

Kennen Sie den Spruch „Eine Hand wäscht die andere“? In Steglitz-Zehlendorf sehen wir immer wieder Beispiele für den Einfluss von Groß-Spender:innen auf die Politik: Als CDU-Groß-Spender Christoph Gröner 2016 nach zehnjährigem *Leerstand* den Steglitzer Kreisel kaufte, um dort ausschließlich teure Eigentumswohnungen zu bauen, konnte die CDU Steglitz-Zehlendorf kostenlos ein Riesenplakat zur Bundestagswahl an dem Gebäude aufhängen. 2020 spendete Gröner der CDU Berlin 800.000€. Ein anderer Großspender und Parteifreund der CDU ist Klaus Groth. In Steglitz-Zehlendorf will er 2022 mit dem Bau von 2.500 Wohnungen (zu großen Teilen teure Einfamilienhäuser) in *Lichterfelde Süd* beginnen.

DIE LINKE. nimmt hingegen als einzige größere Partei keinerlei Spenden von Unternehmen an. Wir setzen auf das Primat der Politik und fühlen uns nicht den Interessen von Investor:innen, sondern unseren Wähler:innen und guter sozial-ökologischer Politik verpflichtet!

Haushalt

Der Bezirkshaushalt, also die finanziellen Mittel, die den Bezirken zur Verfügung stehen, wird vom Land Berlin vorgegeben, da ein Bezirk keine Kommune oder Stadt ist. Von diesem Haushalt sind nur 15 % zur freien Verfügung des Bezirks; der Rest ist bezogen auf die Verwendung festgelegt. DIE LINKE. setzt sich für eine auskömmliche Finanzierung der Bezirke durch das Land ein. Darüber hinaus gibt es Möglichkeiten, den frei verwendbaren Teil des Haushalts aufzustocken, z. B. durch die Erhebung von Sondernutzungsgebühren und vor allem die Parkraumbewirtschaftung. DIE LINKE. fordert, dass Steglitz-Zehlendorf alle Möglichkeiten prüft, umsetzt und ausschöpft.

Wir unterstützen die überparteiliche Initiative zu einer Reform des Bezirksverwaltungsgesetzes ausdrücklich, die sich mit der Frage beschäftigt, wie die Autonomie der Bezirke gestärkt werden kann. Steglitz-Zehlendorf – so wie alle anderen Bezirke nach der Bezirksfusion im Jahre 2001 – hat mit ca. 310.000 Einwohner:innen die Größe einer Großstadt erreicht. Städte aber haben weitaus mehr politische Spielräume – das wünschen wir für die Bezirke auch. DIE LINKE. lehnt außerdem die Schuldenbremse ab, da diese den Investitionsstau nur zuspitzt, unter dem bereits jetzt alle leiden!

Die Schwerpunkte des Haushalts 2022/2023 (und folgende) müssen stärker *sozialen* und *ökologischen* Aspekten folgen. Lange angedachte Projekte wie das *Frauenkompetenzzentrum*, ein *Jugendzentrum*, ein *Wohnprojekt für wohnungslose Frauen*, die Sicherung eines lebendigen Lern- und Gedenkortes *Lichterfelde Süd* (Stalag III D), eine bessere Infrastruktur für *Fußgehende* und *Radfahrer:innen*, mehr Geld für den *Klimaschutz* im Bezirk und der Ausbau bzw. die Fortbildung von Personal müssen sichtbar abgebildet sein. Nur wenn die Finanzierung festgeschrieben ist, werden sich diese Projekte auch umsetzen lassen – alles andere sind Lippenbekenntnisse.

Die Rekommunalisierung der *Schulreinigung* und der Hausmeisterdienste in den Schulen muss neben den vom Senat zur Verfügung gestellten Geldern auch mit Bezirksmitteln gestützt werden.

DIE LINKE. fordert außerdem einen echten Bürger:innenhaushalt für Steglitz-Zehlendorf! Der jetzt existierende Sondermitteltopf (50.000€ pro Jahr), der zum einen nie voll ausgeschöpft wird und zum anderen teilweise zur Unterstützung von Projekten und Institutionen dient, die es eigentlich nicht nötig haben, soll umgewidmet und aufgestockt werden. Bürger:innen sollen souverän und selbst entscheiden, welche Projekte im Bezirk gefördert werden (*Bürger:innenbeteiligung*). Analog dazu soll es einen Kinder- und *Jugendhaushalt* geben.

Integration

In unserem Bezirk leben ca. 47.000 Migrant:innen, also 15 % der Bevölkerung, die verschiedenste Wurzeln haben. Unsere Gesellschaft ist vielfältig und multikulturell. Deshalb kämpfen wir gegen die fremdenfeindlichen und rassistischen Reden der Rechtsextremen (*Antirassismus*), die Migrant:innen kriminalisieren oder eine ausschließende und einheitliche Gesellschaft aufbauen wollen. Dazu ist es auch nötig, Aspekte wie *Sport* und *Kultur* als Möglichkeiten zur Förderung des gemeinsamen Zusammenlebens im Bezirk zu stärken.

Wir sind froh, dass die Unterkunft für geflüchtete Menschen am Osteweg doch gebaut wurde und die Angebote so ausgerichtet sind, dass durch das geplante Kiez-Café Begegnungen aller Kiez-Bewohner:innen gefördert werden. Die Weiterentwicklung von Heckeshorn auch mit *Wohnangeboten* für geflüchtete Menschen liegt uns ebenso am Herzen wie ein weiterer Standort für eine Modulare Unterkunft für Flüchtlinge (MUF) in Steglitz-Zehlendorf – sollte es nicht am Dahlemer Weg sein, so muss der Bezirk seiner Verantwortung nachkommen und einen Alternativstandort anbieten. Die soziale Struktur bietet alle Möglichkeiten, dass in Steglitz-Zehlendorf weit mehr geflüchtete Menschen ein gutes Leben finden als bisher.

Flucht bedeutet oft Traumatisierung – für Erwachsene, aber auch für Kinder. Die Rückzugsmöglichkeit in die eigene *Wohnung* aber auch die Sicherheit, dass es vor Ort kompetente Ansprechpartner:innen gibt, die Beratung und Unterstützung bieten, sind entscheidend für eine gute Integration. DIE LINKE. setzt sich dafür ein, dass entsprechende *soziale* Träger, die diese Kompetenzen mitbringen, im Bezirk ihre Dienstleistungen anbieten und gegebenenfalls auch bezirkliche Räume dafür zur Verfügung gestellt bekommen. DIE LINKE. steht für eine Zusammenarbeit mit wichtigen Akteur:innen wie dem Willkommensbündnis Steglitz-Zehlendorf, dem Register Berlin, das rassistische Vorfälle sammelt und veröffentlicht sowie Schulungen anbietet, und auch mit dem Bündnis „SZ weltoffen“.

Jobcenter

Leider können wir auf bezirklicher Ebene das ungerechte System von Hartz IV nicht abschaffen! Wofür wir uns jedoch vor Ort einsetzen: eine Clearingstelle und eine Ombudsstelle im Jobcenter Steglitz-Zehlendorf, an die sich Leistungsbezieher:innen wenden können, wenn sie von Sanktionen bedroht sind oder die Richtigkeit von Bescheiden anzweifeln. Widerspruchsverfahren sind langwierig, setzen womöglich fehlerhafte Bescheide nicht außer Kraft und verschlimmern so häufig die Situation der Betroffenen, aber durchaus auch der Beschäftigten im Jobcenter, für die dies zusätzliche Arbeit bedeutet. Eine Clearingstelle würde für eine rasche Klärung sorgen, ob ein Widerspruch überhaupt nötig ist, und so beiden Seiten dienen. Eine Ombudsstelle wäre ein Anlaufstelle für Leistungsbezieher:innen, die sich ins Unrecht gesetzt sehen und im Konflikt mit Sachbearbeiter:innen sind. DIE LINKE. fordert, dass zur Wahrung der Interessen der Betroffenen diese Stellen geschaffen werden, so wie dies in anderen Bezirken bereits seit Jahren Realität ist.

Jugend

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an politischen Entscheidungsprozessen ist uns wichtig. Nur dadurch werden sie zu mündigen und kritischen Bürger:innen, die ihre Interessen u. a. gegenüber Politik und Verwaltung selbstständig und mit gut begründeten Positionen vertreten (*Bürger:innenbeteiligung*). Das von R2G vorgelegte „Jugendförder- und Beteiligungsgesetz“ bietet eine gute Richtschnur.

Da auch das soziale Umfeld eine sehr wichtige Rolle bei der Entwicklung spielt, engagieren wir uns für vielfältige Angebote für Kinder und Jugendliche in lebendigen Kiezen. Nicht nur in der Schule wird gelernt, sondern auch in Jugendfreizeiteinrichtungen, *Kulturbetrieben* oder auf Spiel- und *Sportplätzen*. An Orten wie Zehlendorf-Mitte, die keine Aufenthalts- und Freizeitqualität für Kinder und Jugendliche bieten, muss nachgebessert werden. Angebote für Teenager am Abend und am Wochenende (z. B. Clubs) sind hier Mangelware. Wir möchten erreichen, dass junge Menschen nicht den Bezirk verlassen müssen, um Spaß zu haben.

Die Jugendfreizeiteinrichtungen in Steglitz-Zehlendorf sind ein wichtiger Baustein in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Es braucht moderne pädagogische Konzepte sowie Qualitätssicherung. Auch ihr baulicher Zustand sowie die Innenausstattung müssen dringend verbessert werden. Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche grundsätzlich am Betrieb von Jugendfreizeiteinrichtungen beteiligt werden. Darüber hinaus fordert DIE LINKE. ein selbstverwaltetes Jugendzentrum in Zehlendorf jenseits der Kontrolle von Erwachsenen.

Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die Außengelände der Schulen für Schüler:innen und Eltern als Spiel- und Lernort auch nach Schulschluss geöffnet werden. Egal ob Sportverein, Schwimmbad, Museum oder Ferienangebot des Jugendamtes: Teilhabe muss unabhängig der finanziellen Möglichkeiten der Eltern möglich sein!

Kleingärten

Kleingärten müssen geschützt werden. Sie sind Teil der grünen Lunge von Berlin und kein Bauenentwicklungsland (*Stadtentwicklung*). DIE LINKE. Berlin will den dauerhaften Erhalt aller vorhandenen Kleingartenflächen auf öffentlichen und privaten Grundstücken mithilfe eines Kleingartenflächen-Sicherungsgesetzes erreichen. Als Begegnungs-, Bildungs- und Rückzugsorte haben Kleingärten eine soziale Bedeutung für gut funktionierende Kieze. Perspektivisch benötigen wir viel mehr unversiegelte und ökologische Flächen in Berlin (*Stadtgrün*), z. B. zur

Sicherung der Artenvielfalt, für ein möglichst kühles Stadtklima und zur Selbstversorgung als Teil der essbaren Stadt. DIE LINKE. Steglitz-Zehlendorf möchte deswegen auch erreichen, dass das Bezirksamt Kleingärtner:innen(vereine) finanziell und durch Beratung unterstützt, naturnah und nachhaltig zu arbeiten.

Klima- und Umweltschutz

Der Klimawandel ist eine ernste Bedrohung, vor der die Menschheit steht. Eine lebenswerte Welt können wir nur erhalten, wenn wir aus der kapitalistischen Konkurrenz- und Wachstumslogik aussteigen, Klimagerechtigkeit etablieren und von der globalen bis zu lokalen Ebenen alle Einsparpotenziale an klimawirksamen Gasen und Rohstoffen nutzen. Auch der Bezirk Steglitz-Zehlendorf ist hier in der Pflicht!

Die Lasten von Klimawandel und Umweltverschmutzung sind ungerecht verteilt. Es ist Aufgabe der Verwaltungen, dafür zu sorgen, dass die Möglichkeiten, sich an die Veränderungen anzupassen, nicht vom Geldbeutel abhängen.

Für den sozial-ökologischen Wandel werden viele gute Ideen benötigt. DIE LINKE. Steglitz-Zehlendorf fordert deswegen u. a. einen Klima-Rat als strategisches Beratungsgremium, das sich die *Bürger:innenbeteiligung* zum Leitbild macht. Klima-Rat und Öffentlichkeit brauchen volle Transparenz über die bezirklichen Planungen und Verwaltungshandlungen.

Jede Aktivität des Bezirks ist auf ihre Auswirkungen auf Emissionen zu prüfen. Der Ressourcenverbrauch des *Bezirksamtes* ist in allen Ämtern/Abteilungen zu erfassen und zu senken. Die Gebäude sind klimaneutral umzugestalten (angefangen beim Wechsel auf Ökostrom der Berliner Stadtwerke). Dies betrifft auch die *Digitalisierung*, die Chancen bietet, aber auch Stromfresser ist: Daher soll Datensparsamkeit bei diesem Thema stets mitgedacht werden. Die Schaffung öffentlicher Photovoltaik-Anlagen darf nicht weiter stagnieren. Fassaden müssen nach Möglichkeit begrünt werden (*Stadtgrün*). Auf den Grundstücken von Schulen und Verwaltungsgebäuden sollen vermehrt Gärten und Blühstreifen entstehen. Das Bezirksamt muss außerdem Konzepte für Müllvermeidung und Recycling entwickeln und den Tierschutz im Bezirk durchsetzen.

Auch sonst ist der öffentliche Raum unter *Bürger:innenbeteiligung* ökologisch aufzuwerten. Diese Renaturierungs-Initiative ist mit zwei Vollzeit-Stellen im Bezirksamt personell zu unterlegen. Gut erreichbare Trinkwasserbrunnen sollten in allen öffentlichen Gebäuden eingebaut werden.

Das Engagement der Steglitz-Zehlendorfer:innen ist durch Beratung und Unterstützung zu fördern. Was viele Bürger:innen im Bezirk bereits sind, muss das Bezirksamt endlich werden – handelnder Akteur beim Klimaschutz!

Kultur

Kultur ist ein Grundbedürfnis! Deshalb gilt auch hier: Jede:r muss sie sich leisten können. Viele kulturelle Einrichtungen sind für den Bezirk unverzichtbar und müssen deshalb abgesichert werden. Wir stehen z. B. für weitere Stadtteilbibliotheken (auch im Neubaugebiet *Lichterfelde Süd*), weil sie zur notwendigen Grundversorgung zählen und allen Menschen einen freien Zugang zu Bildung und Kultur ermöglichen (*Bildungsgerechtigkeit*). Kulturelle Einrichtungen unterstützen *lebenslanges Lernen* und sind wichtige Orte der Begegnung. Themen wie Diversität (*Queer*), *Integration*, und *Barrierefreiheit* können hier in den Fokus genommen werden.

In den letzten Jahren gab es in Steglitz-Zehlendorf einen kulturellen Aderlass, ohne dass z. B. die Dahlemer Museen durch gleichwertige Angebote ersetzt werden konnten. Anstatt mit *Bürger:innenbeteiligung* kreative Pläne zu entwickeln, Potenziale zu erkennen und Initiativen zu ergreifen, bekämpft das *Bezirksamt* unter Federführung der CDU sogar Ideenwettbewerbe! So zum Beispiel beim „Mäusebunker“ in Steglitz. Die CDU fordert den Abriss dieses herausragenden Gebäudes des Brutalismus zugunsten eines Zweckgebäudes für die Charité. Dabei könnte dies ein dynamischer Kreativort mit Angeboten werden, die im Bezirk Mangelware sind oder schmerzlich vermisst werden: Ateliers, Proberäume, Clubs, Ausstellungsflächen, Ideenlabore usw. Steglitz-Zehlendorf könnte viel mehr Kultur und Kreativität bieten, wenn es die Politik zulässt!

Lebenslanges Lernen

Musikschulen, Volkshochschulen, *Sportvereine*, Stadtteilbibliotheken, Museen, Nachbarschaftscafés, *Senior:innenfreizeitstätten* – dies alles und noch vieles mehr sind Räume und Orte, die Lernen unabhängig vom Alter ermöglichen. Aufgabe von Bezirkspolitik ist es, diese Orte für alle zugänglich zu machen und in ihren Erhalt und Ausbau zu investieren. Die Musikschule beispielsweise muss endlich zusätzliche Räume bekommen! Dabei nur auf den *Neubau* des Rathauses Zehlendorf zu bauen, ist keine Option für uns.

Leerstand

Wer mit offenen Augen durch diesen Bezirk geht, stellt fest, dass es an vielen Stellen Leerstand gibt – und dies zum Teil schon seit mehreren Jahren! *Wohnhäuser* wie das „Geisterhaus“ Gardeschützenweg 3 oder die ehemalige Wohnanlage für *Senior:innen* am Ostpreußendamm 31-33 werden zu Ruinen. Die noch verbliebenen Mieter:innen der Waltraudstraße 45, in der nur noch 10 von 70 Wohnungen genutzt werden, kämpfen nach einem Brand Ende 2016 weiter um ihren Wohnraum. Bisher werden noch nicht einmal die Leerstandsmeldungen in Steglitz-Zehlendorf statistisch erfasst: Das *Bezirksamt* hat offensichtlich kein politisches Interesse an Ahndung und Verfolgung dieser skandalösen Praxis.

Das Zweckentfremdungsverbotsgesetz hingegen bietet eine Handhabe, wenn man es konsequent einsetzt – genau das fordern wir! Eigentum verpflichtet. Wer Wohnungen sein eigen nennt, muss dafür sorgen, dass sie genutzt werden können!

Auch der Leerstand von Gewerberäumen – z. B. im Kranoldkiez – fällt immer stärker auf: Investor:innen erwerben Objekte, erhöhen ihre Gewerbemieten, verlängern Mietverträge nicht und warten auf das richtige Angebot. DIE LINKE. macht sich stark für einen höheren Schutz auch für gewerbliche Mieter:innen und unterstützt daher die Initiative für einen Gewerbe-Mietendeckel. Spekulativer Leerstand von Gewerberäumen zerstört die Vielfalt und Lebendigkeit der Kieze!

Lichterfelde Süd

Auf dem ehemaligen, 96 ha großen Truppenübungsplatz der Amerikaner:innen („Parks Range“) sind ca. 2.500 Wohnungen (davon 420 Reihenhäuser, 1.540 Miet- und Eigentumswohnungen und 540 Sozialwohnungen) für 6.000 Bewohner:innen geplant. DIE LINKE. kritisiert den geringen Anteil von Sozialwohnungen (*Neubau*). Nur einen Tag, bevor für private Bauvorhaben im Rahmen der „kooperativen Baulandentwicklung“ die Quote für mietpreis- und belegungsgebundenen *Wohnraum* von 25 % der Wohnungen auf 30 % erhöht wurde, unterzeichneten der Bezirk und Investor Groth den städtebaulichen Vertrag. Die Folge: 100 preiswerte Wohnungen weniger!

Der Investor und CDU-Großspender Groth hatte schon im Jahr 2012 öffentlich mitgeteilt, dass das *Bezirksamt* nicht in der Lage sei, die städtebauliche Planung für das neue Stadtquartier zu machen (*Stadtentwicklung*). Tatsächlich wird der gesamte Prozess zur Aufstellung des Bebauungsplans 6–30 Lichterfelde Süd von der Groth-Gruppe in seinem Interesse gesteuert. Alle im Planungsprozess anfallenden Gutachten und Planentwürfe werden im Auftrag der Groth-Gruppe angefertigt und

auch von dieser bezahlt. Wir fordern entsprechend dem Grundsatz „Primat der Politik“ eine Stadtplanung im öffentlichen Interesse. Vorrangig sind *Klima-* und *Gesundheitsschutz*, Klimagutachten für die Thermometersiedlung, Reduzierung von Bodenversiegelung durch den Verzicht auf den Bau von Einzel- und Reihenhäuser sowie der Bau einer Gemeinschaftsschule an einem geeigneten Standort, der nicht lärmbelastet ist (*Schulentwicklungsplan*). Das erfordert insgesamt einen neuen Planungsprozess. Dringend notwendig ist ein belastbares und unabhängiges Verkehrsgutachten. Wir wollen bezahlbaren Wohnraum – kein Betongold.

Das Bezirksamt hat der Groth-Gruppe auch 12 ha mehr Baufläche freigegeben als durch ein Umweltgutachten empfohlen wurde. Einwände von Anwohner:innen und dem Aktionsbündnis Lichterfelde Süd, einer Bürger:inneninitiative, die sich seit 2011 für eine soziale und umweltgerechte städtebauliche Entwicklung im Kiez engagiert, wurden ignoriert (*Bürger:innenbeteiligung*). Nun schädigt ein an dieser Stelle viel zu großes Bauvorhaben Flora und Fauna erheblich. Ein Biotopverbund wird zerrissen und Artenvielfalt vernichtet. Da inmitten einer wichtigen Kaltluftschneise gebaut wird, droht u. a. für die Thermometersiedlung ein zunehmender, gesundheitsgefährdender Hitzestau im Sommer, der Auswirkungen auf das Stadtklima haben wird.

DIE LINKE. fordert eine bessere Anbindung an den ÖPNV, die Umsetzung der geplanten Stadtteilbibliothek und eines *Frauenkompetenzzentrums*, den Erhalt der „Lichterfelder Weidelandschaft“ und ihre Ausweisung als Landschafts- und Naturschutzgebiet (*Klimaschutz*), die Vernetzung mit der benachbarten Thermometersiedlung und die Einrichtung eines Lern- und Gedenkortes am ehemaligen Kriegsgefangenenlager Stalag III D. Mit dem Instrument des Quartiersmanagements ist die Thermometersiedlung unter Beteiligung der Bewohner:innen behutsam weiterzuentwickeln.

Mietendeckel

Lag die Angebotsmiete 2008 in Steglitz-Zehlendorf noch bei 6,60€/m², betrug sie zehn Jahre später 10,34€/m² und stieg in 2019 nochmals an auf 10,70€/m². In Anbetracht dieser Entwicklung war der Berliner Mietendeckel eine geeignete Maßnahme, das zu stoppen.

Die von CDU und FDP eingereichte Klage beim Bundesverfassungsgericht hat im Urteil nun allein dem Bund hier Gesetzgebungsbefugnis eingeräumt. Der Mietendeckel hat bundes- und europaweit viel Aufmerksamkeit erregt und Vorbildfunktion, da er aufgezeigt hat, dass Mietsteigerungen mit politischem Willen

zu begrenzen sind. Daher ist die Bundesregierung gefordert, nun endlich zu handeln. DIE LINKE. fordert: Mietendeckel – bundesweit!

Es bedarf aber weiterer Maßnahmen, die Situation für Mieter:innen zu verbessern. Viele *Wohnungen* in Hand der städtischen Wohnungsbaugesellschaften sind ein Ansatz. Zusätzlich müssen *Leerstand* und Spekulationen mit den Wohnungen der Menschen unterbunden werden. Gentrifizierung und Verknappung preiswerten Wohnraums durch Profitmaximierung lassen sich wirkungsvoll mit Vergesellschaftung bekämpfen. Deswegen unterstützen wir mit voller Kraft das Volksbegehren „Deutsche Wohnen und Co. Enteignen“. Die Wohnungen denen, die darin wohnen!

Milieuschutz

DIE LINKE. fordert die Ausweisung von mehr Milieuschutzgebieten. Milieuschutz ist eine Möglichkeit, bezahlbare *Wohnungen* für Mieter:innen zu erhalten und Verdrängung zu stoppen. In Steglitz-Zehlendorf hat sich die schwarz-grüne Zählgemeinschaft 14 Jahre nach Kräften gegen dieses Steuerungsinstrument gewehrt, das es in anderen Teilen der Stadt schon seit Jahrzehnten gibt. Erst letztes Jahr wurde aufgrund des Drucks der Opposition in vier Planungsräumen mit der Aufstellung von Schutzgebieten begonnen. Wir wollen dafür sorgen, dass Milieuschutz in Steglitz-Zehlendorf ausgeweitet und eine Erfolgsgeschichte wird.

Motorisierter Individualverkehr

Das auf das Auto ausgerichtete Verkehrssystem muss aus ökologischen und *gesundheitlichen* Aspekten umgebaut werden. Weniger Autos in der Stadt geben den Menschen große Flächen zurück – z. B. durch den Abriss der Brücke am Breitenbachplatz oder der Herabstufung der A103 in Steglitz in eine Bundesstraße.

Die Strukturkosten des Autos sollen auf die Nutzer:innen umgelegt werden. Die Parkraumbewirtschaftung möchten wir auf den ganzen Bezirk ausweiten. Wo möglich, soll Anwohner:innen- und Gewerbeparken in bestehenden Parkhäusern und auf ungenutzten Parkplätzen von Supermärkten, Baumärkten etc. ermöglicht werden.

Förderungen sollte es nur noch für diejenigen geben, die auf ihr Auto angewiesen sind (z. B. Menschen mit Behinderungen (*Barrierefreiheit*), lokaler Lieferverkehr, bestimmte Gewerbe und Pendler:innen, die den ÖPNV nicht nutzen können).

Grundsätzlich wird Elektromobilität den Verkehrsinfarkt der Stadt nicht verhindern. Dafür bedarf es einer Verkehrsplanung, die statt auf Autos den Schwerpunkt auf ÖPNV, Fahrrad und andere Transportmittel legt. Dennoch benötigen wir in Steglitz-Zehlendorf einen Ausbau der Infrastruktur für E-Autos als Brückentechnologie und ein auch für Randgebiete attraktives Car-Sharing-Angebot.

Den notwendigen Autoverkehr wollen wir effizienter durch ein personell gestärktes Ordnungsamt regeln. Wir stehen hinter der „Vision Zero“ (Vermeidung aller Verkehrstoten). Dafür braucht es mehr Maßnahmen gegen gefährliche Falschparker:innen und Temposünder:innen sowie Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in ganz Berlin. Tempo 30 sorgt außerdem umgehend für weniger Lärm, bessere Luft und die Reduzierung von CO².

Wir wollen außerdem Kiezblocks und Spielstraßen etablieren und die Lebensqualität von Wohngebieten gemeinsam mit den Anwohner:innen durch Befreiung vom Durchgangsverkehr und weitere Maßnahmen aufwerten.

Neubau

Steglitz-Zehlendorf wächst. So stieg die Zahl der Einwohner:innen von 2006 bis 2019 um 24.000 auf 310.000. In diesem Zeitraum nahm die Zahl der *Wohnungen* um 5.000 auf über 158.000 Wohnungen zu. Aber es fehlt bezahlbarer Wohnraum. Stattdessen fördert die schwarz-grüne Bezirkspolitik seit 14 Jahren vor allem den Bau teurer Neubauten. Doch Wohnen muss für alle Menschen bezahlbar sein. Deshalb brauchen wir mehr gemeinwohlorientierten Wohnungsbau. Auch mehr bezahlbare *barrierefreie* Wohnungen werden dringend benötigt.

In Steglitz-Zehlendorf errichten landeseigene Wohnungsbaugesellschaften in den nächsten Jahren neue bezahlbare Wohnungen: Jeweils 50 Prozent dieser Wohnungen werden für 6,50€/m² angeboten. Sie müssen seitens des *Bezirksamtes* im Genehmigungsverfahren stärker unterstützt werden. Bisher wurden diese Neubaupotentiale in unserem Bezirk nämlich reduziert: So planen die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften in den nächsten Jahren den Bau von 61.000 Wohnungen, davon aber nur 986 Wohnungen bzw. 1,6 % in Steglitz-Zehlendorf. (Zum Vergleich: Lichtenberg 11.900 Wohnungen bzw. 19,4 %.) Am Wiesenschlag z. B. wollte die landeseigene Degewo 280 Wohnungen bauen – nun werden daraus auf Betreiben des Bezirksamtes nur 200 Wohnungen. Auch bei privaten Bauvorhaben wie in *Lichterfelde Süd* wäre mehr bezahlbarer Wohnraum möglich gewesen.

Eine ebenso wichtige Rolle für bezahlbares Wohnen jenseits renditeorientierter Finanzunternehmen spielen die Genossenschaften. Um Mieterhöhungen und Spekulation mit Immobilien zu beenden, will DIE LINKE. auch den Anteil des genossenschaftlichen Wohnungsbaus stärken.

Neben dem Erhalt und der Schaffung bezahlbarer Wohnungen ist – im Sinne des *Klimaschutzes* – die Beachtung der ökologischen Folgen bei Baumaßnahmen wichtiger denn je (*Stadtentwicklung*). Grünzonen und Kaltluftschneisen sind für ein gesundes Leben gerade in verdichteten Wohnquartieren unverzichtbar. Unter ökologischen und sozialen Aspekten sind bei Neubauvorhaben kosten- und flächensparende Bauweisen zu fördern.

Öffentliche Gebäude

Wer kennt sie nicht, die desolate Situation in vielen öffentlichen Gebäuden des Bezirks: Stau bei der *Schulsanierung*, Asbestbelastung einiger Bereiche im Rathaus Zehlendorf, fehlende *Barrierefreiheit* beim Zugang zu Amtsräumen und brachliegende Gebäude in Bezirksvermögen. Kinder brauchen eine ansprechende und sichere Lernumgebung, *Senior:innen* kurze Wege und funktionierende Aufzüge, Beschäftigte einen unbelasteten *Arbeitsplatz* und *Jugendliche* eine funktionierende Infrastruktur für ihre Freizeit.

Aus Sicht der LINKEN. bedarf es im ersten Schritt einer Erfassung aller Gebäude und Räume in bezirklicher Hand mit einem entsprechenden Zustandsbericht, im zweiten Schritt eine Clusterung der dringendsten Sanierungsaufgaben und im dritten die rasche Inangriffnahme der Aufgaben. Die Jugendfreizeiteinrichtungen müssen dabei ebenso bewertet werden wie die Senior:innenfreizeitstätten. Dem Bezirk überlassene, vererbte Liegenschaften wie die Villa Mehnert in der Schmarjestraße und ungenutzte Gebäude müssen zügig ertüchtigt und nutzbar gemacht werden für die Bürger:innen in Steglitz-Zehlendorf. Dem Ausbau der *Barrierefreiheit* in allen Bereichen ist dabei oberste Priorität einzuräumen.

Mit dem *Neubau* des Rathauses Zehlendorf besteht die Chance, ein mit *Bürger:innenbeteiligung* gemeinsam gedachtes offenes und einladendes Gebäude zu errichten, das auch der Begegnung und vielfältigen Nutzung Räume bietet. Dafür setzt sich DIE LINKE. ein!

ÖPNV

Wir engagieren uns auf allen Ebenen für den Ausbau des ÖPNV-Netzes – damit ein Umstieg vom Auto für viele Berliner:innen in ihr Alltagsleben integrierbar ist. Der ÖPNV ist für uns wesentlicher Teil der *Stadtentwicklung*.

DIE LINKE. Steglitz-Zehlendorf fordert mehr Busspuren und Vorrangschaltungen an Ampeln für Verlässlichkeit im Fahrplan. Haltestellen und Bahnhöfe müssen *barrierefrei* sein. Das bedeutet auch, vorhandene Aufzüge öfter zu warten. Wenn nötig, müssen BVG und S-Bahn Mobilitätshilfen bereitstellen. An allen größeren Haltestellen und Bahnhöfen wollen wir außerdem Mobilitätstützpunkte mit Leihrädern, Elektrorollern, Taxis usw. einrichten.

Gegen die unkontrollierte Zunahme des *motorisierten Individualverkehrs* soll der ÖPNV gestärkt werden. Für Gelegenheitsfahrten unterstützen wir Taxis als Teil des ÖPNV und lehnen den zunehmenden Verkehr von Mietwagen mit Mietfahrer:innen ab. Wir kämpfen gegen die unkontrollierbare Ausbeutung der Angestellten der von Groß-Konzernen abhängigen Mietwagen-Unternehmen und setzen uns für gerechte Löhne und bessere *Arbeitsbedingungen* in Taxis und Mietwagen ein. Das *Bezirksamt* soll außerdem ausreichend bedarfsgerecht angelegte und ergonomisch gestaltete Taxihalteplätze bereitstellen.

Die S25/26 muss schnellstmöglich zweigleisig ausgebaut und bis Stahnsdorf verlängert werden. Die U3 soll schnell bis zur S1 am Mexikoplatz angeschlossen werden. Ansonsten setzen wir vor allem auf die Tram, da sie nur ein Zehntel Investitionskosten verursacht, schnell realisierbar und ressourcensparender ist als die U-Bahn. Wir wollen die baldige Rückkehr der Tram nach Steglitz-Zehlendorf (z. B. auf der Strecke Alexanderplatz-Rathaus Steglitz-Lankwitz Kirche).

In der aktuellen Diskussion um den Wiederaufbau der Stammbahn zwischen Zehlendorf und Griebnitzsee oder der Inbetriebnahme der Wannseebahn als Regionalbahn auf dem Gütergleis neben der S1 zwischen Zehlendorf und Wannsee gibt es für uns kein Entweder-Oder. Wir brauchen beides! Berlin wächst rasant und eine schnelle sowie umweltverträgliche Anbindung des Stadtrandes und der Nachbargemeinden ans Zentrum sind das Gebot der Stunde. Die Reaktivierung der Stammbahn fordern wir bereits seit vielen Jahren und wir stehen weiterhin uneingeschränkt zu diesem Großprojekt.

Der ÖPNV muss das Rückgrat der Verkehrswende werden!

Pflege

Die Corona-Pandemie hat schonungslos offenbart, was DIE LINKE. stetig kritisiert: Jahrzehntelange neoliberale Eingriffe haben das Gesundheitswesen auf Profitinteressen von Investor:innen und Konzernen ausgerichtet. Mit Sorge beobachten wir die Zunahme kommerzieller Pflegeheime in Steglitz-Zehlendorf. Für uns steht fest: Bei den Themen *Gesundheit* und Pflege müssen die Menschen und nicht die Profite im Mittelpunkt stehen.

Fast 80 % der Berliner:innen mit Pflegebedarf leben zu Hause. Überwiegend werden sie von Angehörigen versorgt. Der politische Fokus muss dieser Realität angepasst werden. Unterstützungsangebote sind ebenfalls meist privat und deswegen schwer zu steuern. Pflegestützpunkte müssen ausreichend Ressourcen zur Verfügung haben, um eine kompetente und zugewandte Beratung für Betroffene und Hilfesuchende zu gewährleisten.

In Steglitz-Zehlendorf sind auch Weichenstellungen des *Bezirksamtes* möglich und notwendig: Es muss ausreichend *barrierefreier Wohnraum* geschaffen werden. Kieze und Plätze sollten vermehrt und vor allem zügiger umgebaut werden. Auch braucht es verbesserte Mobilitätsdienste und wohnortnahe Angebote der Tages- und Kurzzeitpflege, damit möglichst viele pflegebedürftige Menschen ihr Leben in vertrauter Umgebung gestalten können.

Queer

Wir als LINKE. finden: Es braucht mehr Farbe in Steglitz-Zehlendorf! Vielfalt kann sich entfalten, wenn Angebote und Räume geschaffen werden, die ein Ausprobieren ermöglichen, in denen man einfach so sein kann, wie man eben ist.

In anderen Bezirken ist LGBTQIA+ viel sichtbarer als bei uns. Das hat auch damit zu tun, dass es hier keine spezifischen Angebote gibt. Es darf aus Sicht der LINKEN. nicht dabei bleiben, dass einmal im Jahr die Regenbogenfahne vor dem Rathaus weht. Wir fordern die Einrichtung einer:s Queer-Beauftragten in Steglitz-Zehlendorf. Diese neu zu schaffende Stelle soll nach dem Vorbild aus anderen Bezirken Vernetzungen und Strukturen entwickeln, die es queeren Menschen ermöglicht, auch hier ihr So-Sein offen zu leben. Dazu gehört die Einführung eines Beratungsangebots, insbesondere für Kinder und Jugendliche (*Jugend*). In Zusammenarbeit beispielsweise mit dem Verein Aufklärung und Beratung AB queer e.V. sollen für Pädagog:innen an Schulen im Bezirk und für *Sozialarbeiter:innen* des Jugendamtes Fortbildungen angeboten werden.

Radverkehr

Im *Bezirksamt* fehlen Ideen und Konzepte für den Ausbau und die Sanierung des Radwegenetzes sowie die Installation moderner Abstellanlagen. Gleichzeitig gelingt es dem Bezirksamt nicht, qualifiziertes Personal zu binden. So wurde 2020 nicht ein einziger Pop-up-Radweg in Steglitz-Zehlendorf errichtet. Der erste geschützte Radweg am Dahlemer Weg soll sogar zurückgebaut werden und ein Abschnitt des Radschnellweges Berlin-Leipzig wird trotz Warnungen von Umweltschützer:innen durch den Gemeindepark Lankwitz geplant. Die zuständige Stadträtin der Grünen hat den „Fahr-Rat“ für die Öffentlichkeit geschlossen und so Ideengeber:innen ausgesperrt. Dies muss rückgängig gemacht und das Gremium aufgewertet werden!

Wir fordern, dass die beiden vom Senat finanzierten Radplaner:innen im Bezirksamt – anders als bisher – ausschließlich mit dem Ausbau der Radinfrastruktur betraut werden. Solange spürbare Fortschritte weiterhin fehlen, fordern wir die Bereitstellung weiterer (Personal-)Ressourcen für diese Aufgabe.

Außerdem setzen wir uns für den Ausbau der geschützten Rad-Infrastruktur auf den Hauptstraßen sowie die Ertüchtigung des Nebenroutennetzes ein. In Wohngebieten soll es mehr Fahrradstraßen geben. Beschlüsse wie z. B. in der Markelstraße und Altdorfer Straße müssen endlich umgesetzt werden. Auch die Havelchaussee soll Fahrradstraße werden. Dort, wo es noch keine Radverkehrsanlagen gibt, sollen Busspuren weiterhin für den Radverkehr frei sein. Auf Hauptwegen ohne Busspuren (beispielsweise Abschnitte der Albrecht- und Drakestraße) müssen sofort Maßnahmen wie z. B. Tempo 30 zur Sicherheit der Radfahrer:innen angeordnet werden.

Abstellmöglichkeiten wie Fahrradbügel sind weiter auszubauen. Verkehrsknoten brauchen öffentliche Fahrradparkhäuser. Der Bezirk muss sich zudem um den Ausbau der Lasten- und Mietradangebote bemühen.

DIE LINKE. Steglitz-Zehlendorf will, dass Radfahren im Bezirk endlich sicher wird!

Schulentwicklungsplan

Die Basis für eine konzeptionelle und strukturierte Arbeit im bezirklichen Schulbereich ist der Schulentwicklungsplan (*Bildungsgerechtigkeit*). Einen solchen Plan gibt es in Steglitz-Zehlendorf seit Jahren nicht, obwohl er von der Opposition in

der BVV immer wieder eingefordert wurde, z. B. im Zusammenhang mit den Schulplänen am Osteweg.

In Steglitz-Zehlendorf ist die Schaffung mindestens einer weiteren Gemeinschaftsschule notwendig. Es gibt neben 13 Gymnasien lediglich eine Gemeinschaftsschule, die auf zwei weit voneinander entfernte Standorte verteilt ist. Die Schule ist gut ausgelastet, kann aber kaum noch Schüler:innen aufnehmen. Außerdem muss mindestens eine weitere ISS geschaffen werden. Es gibt sechs Integrierte Sekundarschulen, die stark nachgefragt werden.

In *Lichterfelde Süd* soll ein neues Wohngebiet entstehen. Dazu gehört auch eine neue Schule. Die Planungen des Investors sehen vor, die Schule direkt neben der Bahnstrecke zu bauen. Das hätte zur Folge, dass Schüler:innen dem Lärm des Zugverkehrs ausgesetzt sind. Wir fordern den Bau einer Schule dort, wo ungestörtes Lernen möglich ist.

Am Buschgraben entsteht eine weitere evangelische Schule. Wir sind der Meinung, dass staatliche Schulen nicht geschwächt werden dürfen und kritisieren den Wildwuchs privater Schulen.

Im Schulentwicklungsplan muss ebenfalls verankert sein, dass in allen Schulen *Integrations-* und *Willkommensklassen* eingeführt werden. Die personelle Ausstattung wird entsprechend zur Verfügung gestellt.

Inklusives Lernen und inklusives Zusammenleben sind für uns essentiell – auch bei der schulischen Bildung. Um diesem Anspruch gerecht werden zu können, brauchen Schulen die nötige Infrastruktur und entsprechendes Personal. Die Bezirkspolitik ist in der Pflicht, entsprechende Bedarfe festzustellen und Mittel bereit zu stellen.

Schulsanierung

Wie in keinem anderen Bezirk haben CDU und Grüne die Schulen und Turnhallen hier verfallen lassen. Zehn Schulen hatten beim Gebäudescan des Senats einen Sanierungsbedarf von über zehn Millionen Euro! Das Land Berlin hat ein umfassendes Sanierungsprogramm aufgelegt, von dem auch die Schulen in unserem Bezirk profitieren. Die Linksfraktion Steglitz-Zehlendorf hatte einen „Sonderausschuss Schulsanierung“ gefordert, um schnellstmöglich gute Lösungen für unsere maroden Schulen zu finden, der kommentarlos abgelehnt wurde.

Das *Bezirksamt* muss seine Bemühungen um sogenannte Drehkreuze erhöhen, damit vorübergehend leer gezogene Schulen schneller saniert werden können. Hierfür müssen auch mehr temporäre Unterrichtsräume bereitgestellt werden.

Um unnötige Zeitverluste und die Rückzahlung von Geldern zu vermeiden, brauchen wir mehr Personal im Hochbauamt. Unsere Schulen müssen nicht nur repariert, sondern auch auf den aktuellen Stand der Technik (*Digitalisierung*) gebracht sowie *barrierefrei* zu modernen Lernräumen umgestaltet werden.

Schulreinigung

Seit der Übergabe der Schulreinigung an private Anbieter hagelt es Beschwerden über die Qualität der dort geleisteten *Arbeit*. Tatsächlich ist die Sauberkeit an den Schulen oft miserabel. Das liegt an der Struktur der Verträge, bei denen oft schlecht bezahlte Reinigungskräfte auf unrealistische Arbeitspläne treffen, die keinen direkten Zugriff der Schulen zulassen. Was vorher schon nicht klappte, gelingt unter den besonderen hygienischen Anforderungen der Corona-Pandemie erst recht nicht.

Ein Einwohner:innenantrag der Bürger:inneninitiative „Schule in Not“, der im Juni ohne Gegenstimmen in der BVV verabschiedet wurde, fordert eine Rekommunalisierung der Schulreinigung, also eine Beschäftigung der Reinigungskräfte durch den Bezirk und die Anbindung an die jeweilige Schule. Dadurch wird eine bessere Einbindung der Reinigungskräfte in den Schulprozess gewährleistet. Eine Vergütung nach Tarif garantiert zudem eine bessere Bezahlung. Der Bezirk steht jetzt in der Pflicht, aktiv zu werden und den Beschluss umzusetzen.

Wir fordern die Rekommunalisierung des Schulreinigungsdienstes in Steglitz-Zehlendorf an allen staatlichen Schulen! Außerdem fordern wir gute *Arbeitsbedingungen* für alle - das schließt auch Sekretär:innen, Hausmeister:innen, Angestellte in der Mensa und alle anderen mit ein.

Schulwege

Die BVV diskutiert regelmäßig über gefährliches Verkehrschaos vor unseren Schulen. Viele Autos fahren zu schnell, parken im Halteverbot, auf Grünstreifen, in zweiter Reihe, wenden gefährlich, drängeln und hupen (*motorisierter Individualverkehr*). Deswegen machen wir uns für bauliche Lösungen zur Sicherheit unserer Kinder stark: Sperrgitter oder Fahrradständer, die das Parken direkt vor der

Schule verhindern, Bodenschwellen, um Autos abzubremsen, und Halteverbote zu Unterrichtszeiten, die selbstverständlich auch vom Ordnungsamt strenger kontrolliert werden müssen. Wir fordern Tempo 30 auf den Hauptschulwegen. Auch Einbahnstraßenlösungen und sogenannte Diagonalsperren sollten zum Einsatz kommen.

Senior:innen

In Steglitz-Zehlendorf leben viele ältere und alte Menschen. *Barrierefreiheit* bei Sanierung, *Neubau* und Verkehrsplanung (*Fußverkehr*, *ÖPNV*) sowie Ausbau des rollstuhlgerechten Wohnens sind Erfordernisse, um ein unabhängiges Leben im Bezirk auf Dauer zu ermöglichen. Bei Bauplanungen sollen insbesondere die Projekte bevorzugt werden, die integratives und preisgünstiges *Wohnen* ermöglichen. Der Ansiedlung nichtkommerzieller Alten-Wohnheime ist Vorrang einzuräumen, damit die Menschen in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können, die sich keine „Residenz“ leisten können. Initiativen, die Mehrgenerationen-Wohnen ermöglichen wollen und ggf. hierfür Räume oder Grundstücke suchen, sollen darin unterstützt werden. Auch Freizeitstätten für Senior:innen müssen erhalten und Begegnungsmöglichkeiten ausgeweitet werden.

Viele Senior:innen leben bereits ihr ganzes Leben hier. Um ihre besonderen Bedürfnisse und Bedarfe zu artikulieren und anzubringen, brauchen wir eine starke Senior:innenvertretung, die sich einmischt. DIE LINKE. möchte das Gremium stärken und ihm größere Mitspracherechte bei Verwaltungsentscheidungen einräumen (z. B. durch ein Rede- und Antragsrecht in den Ausschüssen der BVV). Wir fordern eine Aufwandsentschädigung für dieses wichtige ehrenamtliche Engagement. Außerdem braucht es eine gute Datenlage, auf deren Grundlage ein Altenplan entwickelt und kontinuierlich fortgeschrieben wird. In Steglitz-Zehlendorf sollen alle Generationen an einem Ort leben und voneinander profitieren können!

Soziales

Erfolgreiche Sozialpolitik heißt für uns, dass ein selbstbestimmtes und friedliches Leben aller im Bezirk möglich wird. Stadtteilorientierte oder auch sozialräumlich organisierte Sozialarbeit, wie sie im Bezirk vor allem durch Träger wie den Mittelhof oder auch dem Stadtteilzentrum Steglitz geleistet wird, ist unerlässlich für ein gutes Zusammenleben. Diese *Arbeit* muss dauerhaft gesichert und ausgebaut werden.

So ist das Quartiersmanagement, das mit Beginn 2021 seine Arbeit in der Thermometersiedlung aufnimmt, lange überfällig. DIE LINKE. meint, dass es die vorrangige Aufgabe des Quartiersmanagement sein muss, ein weiteres Abhängen der Thermometer-, aber auch der Woltmannsiedlung zu verhindern und Konzepte für eine soziale Infrastruktur zu entwickeln, die auf Dauer ein gutes Zusammenwachsen der alteingesessenen Bewohner:innen hier mit den neu hinzukommenden im neu entstehenden Wohnquartier auf der ehemaligen Parks Range ermöglicht (*Lichterfelde Süd*).

Darüber hinaus bedarf es des Augenmerks auf Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen, die besondere Formen der Hilfen benötigen. Die Umsetzung des neuen Teilhabegesetzes im Bezirk wird von der LINKEN. begleitet. Unsere Forderung ist, dass es niemand aufgrund der strukturellen Veränderungen schlechter gestellt werden darf als vorher. Die Träger der Eingliederungshilfe benötigen eine Absicherung ihrer Angebote und die Mitarbeitenden in diesen Bereichen Schulungen, um mit den neuen Herausforderungen umzugehen. Trägern wie die Perspektive Zehlendorf oder auch Reha Steglitz, die seit vielen Jahren wertvolle Arbeit leisten, sollen weiter gestärkt werden.

Die Planungen zur Umgestaltung des *Jugendausbildungszentrums (JAZ)* mit einem stärkeren Fokus auf eine kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung begleiten wir wohlwollend kritisch. Wir sprechen uns als LINKE. einerseits für den Erhalt besonders geförderter *Ausbildung* an dieser Stelle aus und fordern andererseits eine Ausweitung ambulanter Angebote in der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Versorgung. Der Standort bietet ausreichend Platz, um alle diese Konzepte neben- und miteinander umzusetzen.

Steglitz-Zehlendorf gilt als reicher Bezirk. In Steglitz-Zehlendorf leben zwar überdurchschnittlich viele reiche Menschen, aber auch hier gibt es extreme Armut. Wir als LINKE. sind der Meinung, dass der Bezirk es sich leisten können muss, (Schutz-) Räume all den Menschen zu bieten, die diese benötigen, z. B. *Wohnungslosen* und Geflüchteten (*Integration*). Dafür setzen wir uns ein. Das bedeutet auch, dass der *Haushalt* im Bezirk darauf ausgerichtet sein muss, soziale Projekte und Konzepte zu fördern.

Sport

Sport ist ein zentraler Bestandteil im Leben vieler Menschen. Er fördert das soziale Miteinander aller Generationen und aller Schichten. Er unterstützt *Integration*, und er leistet als Teil der Prävention einen wichtigen Beitrag zur *Gesundheit*. Dabei reicht es

nicht, sich auf den Leistungssport zu konzentrieren. Ohne Breitensport, ohne gut aufgestellten Schulsport, ist auch kein Leistungssport möglich.

Um das Sportangebot in Steglitz-Zehlendorf breitflächig auszubauen, muss auch die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Sportvereinen gefördert werden. Vielfältige sportliche Aktivitäten und vor allem auch Schwimmunterricht sind wichtig als Ausgleich zum Lernen und Sitzen.

Durch breiteren Zugang (z. B. auch in den Schulferien) zu guten Sportstätten in kommunaler Hand (auch für vereinsungebundenen Sport) und den Ausbau von Flutlichtanlagen wollen wir ein wohnortsnahes Angebot für die Bürger:innen stärken. Bestehende Sportstätten im Bezirk müssen saniert und ggf. erweitert werden, z. B. der Sportplatz Sachtlebenstraße und der Trimm-Dich-Pfad im Grunewald. *Jugend-Freizeit-Projekte* und Sportvereine sollen vom Bezirk besser unterstützt werden. Dafür brauchen wir einen Sportentwicklungsplan für Steglitz-Zehlendorf.

Stadtentwicklung

Der *Neubau* hochpreisiger *Wohnungen* nutzt wenig, wenn die alleinerziehende Verkäuferin, die in der Schloßstraße arbeitet, keine bezahlbare Wohnung in Kita-Nähe findet. Der Neubau eines großen neuen Stadtquartiers wie *Lichterfelde Süd* ist bedenklich, wenn massenhaft Natur zerstört wird und die Menschen in der angrenzenden Thermometersiedlung unter den Klimafolgen leiden. Der Anbau von Balkonen hilft niemandem, wenn man die Wohnung aufgeben muss, weil sie danach zu teuer ist.

Linke Stadtentwicklung bedeutet daher für uns, dass sich der Wohnungsbau am tatsächlichen Bedarf orientieren und den städtischen Wohnungsbaugesellschaften sowie Genossenschaften Vorrang eingeräumt werden muss, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Dem reinen Verwertungsinteresse von Investor:innen treten wir entschieden entgegen! Zudem ist Verdichtung im Bestand und die Überbauung bereits versiegelter Flächen dem Neubau vorzuziehen (*Klimaschutz*): Bevor *Stadtgrün* und Freiflächen zerstört werden, sollen alle anderen Optionen geprüft und erwogen werden, weil dies ein ökologisches Erfordernis ist!

DIE LINKE. will darüber hinaus energiebewusstes Wohnen für alle Menschen in Steglitz-Zehlendorf ermöglichen, ohne dass die Kosten für energetische Sanierungen auf die Mieter:innen umgelegt werden.

Linke Stadtentwicklung heißt weiter, dass wir uns bei Veränderungen in den Kiezen für *Bürger:innenbeteiligung* stark machen, die den Namen auch verdient! Gewachsene Strukturen in den Kiezen und Stadtteilen sind zu erhalten und **behutsam** weiter zu entwickeln. Das Augenmerk muss dabei auf einer guten Infrastruktur in Fragen der Daseinsvorsorge, einer guten Anbindung an den ÖPNV sowie den Ausbau von *Fuß-* und *Radwegen* zur Reduzierung des *motorisierten Individualverkehrs* gerichtet sein.

Wir sagen: Stadtentwicklung ist eine öffentliche Aufgabe und darf nicht den Investor:innen und Spekulant:innen überlassen werden!

Stadtgrün

Steglitz-Zehlendorf braucht Pflege! Um unseren Bezirk, seine Grünflächen, Parks und Stadtbäume für die Zukunft im Zeichen des Klimawandels nachhaltig aufzustellen, bedarf es eines ganzheitlichen Konzeptes (*Klimaschutz*). Wir wollen (Grün)flächen vor Investor:innenzugriff sichern und die profitorientierte Fehlentwicklung Steglitz-Zehlendorfs umkehren.

Bei Neupflanzungen sollten z. B. nur noch Baumarten ausgewählt werden, die mit den veränderten klimatischen Bedingungen in der Stadt klar kommen. Sollten Baumfällungen absolut notwendig sein, muss es einen angemessenen Ausgleich von über 100 % geben.

Wir fordern, die personelle Kapazität des Straßen- und Grünflächenamtes zu erhöhen und die vorhandenen Mitarbeiter:innen gezielt auf neue Anforderungen zu schulen. Grünflächen benötigen (Nutzer:innen-)Konzepte, um Ökologie und Naherholung in Einklang zu bringen. Die Bezirkspolitik muss endlich die Bürger:innen als wichtige Ideengeber:innen und nicht nur als lästige Kritiker:innen verstehen (*Bürger:innenbeteiligung*).

Ökologische *Kulturangebote* in unserem Bezirk sind chronisch unterfinanziert – z. B. der Botanische Garten. Wir fordern zusätzlich zu einer besseren Finanzierung von Parks und Gärten den kostenfreien Zugang zu diesen. Zum Grünflächenkonzept für unseren Bezirk gehören auch Ausbau und Förderung von Gemeinschaftsgärten, Spielplätzen, etc.

Wir fordern vom *Bezirksamt* eine Bestäuber- und Regenwasserstrategie für bezirkliche Grundstücke und mehr Blühwiesen für Wildbienen. Außerdem sollen biologisch wertvolle Bereiche wie Kleingartenkolonien und deren Pächter:innen dabei unterstützt werden, ihre Gärten möglichst naturnah und nachhaltig zu gestalten.

Sogenannte Steingärten („Gärten des Grauens“) müssen wieder zurückgebaut werden.

Neubauten sollten nur noch mit einem Fassaden- und/oder Dachbegrünungskonzept genehmigt werden (*Stadtentwicklung*). Energetische Auflagen durch das Bauamt müssen verschärft, finanziell gefördert und kontrolliert werden.

Werbung

DIE LINKE. Steglitz-Zehlendorf begrüßt die Forderungen der Initiative Berlin Werbefrei: Auch wir wollen eine deutliche Reduzierung kommerzieller Werbung im öffentlichen Raum. Herabwürdigende und diskriminierende Werbung soll sofort und ohne Ausnahme aus dem Stadtbild verschwinden.

Bunte Werbepostkarten am Eingang der Mensa, Butterdosen mit Werbeaufdruck zur Einschulung oder Warnwesten von Firmenlogos zum Beginn der dunklen Jahreszeit: Es gibt diverse Versuche von Unternehmen, Verbänden etc., in Bildungseinrichtungen zu werben. Besonders wichtig ist es uns, die Werbung der Bundeswehr zu unterbinden (*Entmilitarisierung*). Mit geschichtsvergessenen Werbeslogans wie „Gas, Wasser, Schießen“ wird für das „Berufsziel Soldat“ geworben. Wir fordern auch wegen solcher Auswüchse ein Verbot von Werbespots der Bundeswehr im ÖPNV und ein grundlegendes Werbeverbot an Kitas, Schulen und Hochschulen.

Wirtschaft

Unser Bezirk hat viele kleine Zentren, in denen Einkaufsmöglichkeiten neben Arztpraxen und Restaurants eine gute Daseinsvorsorge und viele *Arbeitsplätze* bieten. Die Schloßstraße als größte Einkaufsstraße steht vor Veränderungen auch wegen der Entwicklungen am Kreisel. Eine wahrscheinliche Aufwertung durch Luxuswohnungen, die hier entstehen, wird nicht nur von Mieter:innen, sondern auch von dort ansässigen Gewerbetreibenden mit Sorge betrachtet. DIE LINKE. sieht in dem erforderlichen Umbau der Schloßstraße und des Hermann-Ehlers-Platzes viel Potential im Sinne einer Verbesserung der Aufenthaltsqualität für alle, Reduzierung des *motorisierten Individualverkehrs* sowie Stärkung des Einzelhandels. Dafür müssen jedoch politische Weichen gestellt und Investor:innen oder Handelsketten auch mal die Rote Karte gezeigt werden.

LINKE. Wirtschaftspolitik heißt, ortsansässige Gewerbetreibende als Expert:innen ernst nehmen! Die Vereinigung Gewerbetreibender in Zehlendorf Mitte, die sich zwar in 2020 neu strukturiert hat (ZiM - Gewerbevereinigung Zehlendorf-Mitte e.V.), aber bereits vorher viele Jahre konkrete Vorschläge zur Gestaltung von Zehlendorf Mitte eingebracht hat, fand mit ihren Anregungen bisher kaum Gehör (*Bürger:innenbeteiligung*). Die Klarheit, mit der einer Supermarktkette, die die alte Anatomie in Dahlem erworben hat, der Bau eines weiteren, großflächigen Supermarktes untersagt wurde, wünschen wir uns auch am Ferdinandmarkt in Lichterfelde Ost: Den Kampf des inhabergeführten Einzelhandels gegen die Pläne des Investors Huth unterstützen wir. Die Sorge des Einzelhandels vor Verdrängung teilen wir und stehen daher für eine Wirtschaftspolitik, die klare Rahmen vorgibt.

Wir fordern einen Wirtschafts- und Sozialrat, der sich um die Wirtschaftsförderung für Steglitz-Zehlendorf kümmert und dabei gute Arbeitsbedingungen, Fairen Handel sowie *Klima- und Umweltschutz* mitdenkt. Eine Beteiligung von Gewerkschaften, Umweltinitiativen und Stadtplaner:innen muss sichergestellt werden.

Wohnortnahe und umfassende, dezentrale Versorgung ist – das zeigt auch die Corona-Pandemie – immens wichtig. Firmen, die im Bezirk nachhaltig produzieren sowie solche, die auf lange Lieferketten verzichten, sollen nach Meinung der LINKEN bei der Wirtschaftsförderung bevorzugt behandelt werden. Die Weiterentwicklung des Gewerbegebietes Goerzallee soll verstärkt auf die Ansiedlung solcher Betriebe setzen.

Es kann gelingen, für alle Zentren in Steglitz-Zehlendorf Konzepte zu entwickeln, die den örtlichen Gegebenheiten und dem jeweiligen Bedarf Rechnung tragen, ohne gewachsene Strukturen zu zerstören. Dazu aber bedarf es politischer Zielformulierungen. DIE LINKE möchte diese gemeinsam mit den Akteur:innen und Anwohnenden entwickeln.

Wohnen

Wohnen ist ein Menschenrecht! Für alle! Für Student:innen und junge *Familien* ebenso wie für alleinstehende *Senior:innen*, für Menschen mit und ohne Fluchthintergrund (*Integration*).

Steigende Mieten, zu teure *Neubauwohnungen*, Verdrängung – auch in Steglitz-Zehlendorf wird preiswerter Wohnraum immer knapper. Das war nicht immer so. Mit seinen Mietshausquartieren, den Villenvierteln sowie den Siedlungen der Weimarer Republik und der Nachkriegszeit verfügten Steglitz und Zehlendorf lange

Zeit über ein vielfältiges Wohnungsangebot für alle Bevölkerungsschichten. Erst die (Neo-)Liberalisierung des Wohnungsmarktes führte in der jüngsten Vergangenheit zu immer höheren Mietbelastungen und zu sozialer Entmischung.

Doch bezahlbares und sicheres Wohnen darf keine Frage des Einkommens sein. Denn eine Wohnung ist mehr als ein Dach über dem Kopf. Sie ist immer auch *soziale* Heimat und Zuhause, Ort einer geschützten Privatsphäre und nachbarschaftlicher Kontakte.

Instrumente wie der *Milieuschutz* sind ein guter Anfang, um bezahlbaren Wohnraum zu sichern und *Wohnungslosigkeit* zu verhindern. Sie reichen aber nicht aus.

Die börsennotierten Finanzunternehmen Deutsche Wohnen und Vonovia besitzen heute inzwischen über 11.000 Wohnungen im Bezirk. DIE LINKE. ist der Meinung, dass Wohnungen nicht als Ware behandelt werden dürfen und deshalb nicht in die Hände von renditeorientierten Finanzunternehmen gehören. Im Gegensatz zu verantwortungsbewussten Vermieter:innen reduzieren sie die Instandhaltung auf ein Minimum und sind vor allem am maximalen Gewinn orientiert – auf Kosten der Mieter:innen! Deswegen unterstützt DIE LINKE. das Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co. Enteignen“.

Darüber hinaus hat der Bezirk die Möglichkeit, von seinem Vorkaufsrecht Gebrauch zu machen. In Steglitz-Zehlendorf wurden zwischen 2015 und 2019 über 3.700 Wohnungen von Miet- in Eigentumswohnungen umgewandelt. Angesichts des angespannten Wohnungsmarktes braucht es ein Umwandlungsverbot, um bezahlbaren Wohnraum zu sichern und Verdrängung zu stoppen!

Wohnungslosigkeit

Die Corona-Krise hat viele gesellschaftliche Probleme offengelegt. Insbesondere beim *Wohnen* sind die Unterschiede zwischen Arm und Reich und zwischen dem Leben in engen und großzügigen Verhältnissen deutlich geworden. DIE LINKE. verlangt deshalb: Niemand darf in der Corona-Krise seine Wohnung verlieren. Wir fordern eine Verlängerung der Mieter:innenschutzbestimmungen und eine Aussetzung von Zwangsräumungen.

Es muss grundsätzlich darum gehen, dass Menschen ihre Wohnung gar nicht erst verlieren. Dem Erhalt von Wohnraum auch über verstärkte Übernahme von Miet- und Energieschulden muss Vorrang eingeräumt werden. Aufsuchende *Sozialarbeit*, um konkrete Hilfestellung bei der Bewältigung von Problemen zu gewähren, ist

essentiell, um frühzeitig die Unterstützung bieten zu können, die den Wohnungsverlust verhindern kann.

Wohnungslose Menschen hatten es auch vor Corona schon schwer in Steglitz-Zehlendorf. DIE LINKE. meint, dass sich das ändern muss! Im Winter 20/21 gab es nur 18 Plätze für die Kältehilfe im ganzen Bezirk – und das draußen am Wannsee. Wir brauchen dringend mehr Plätze! Aber nicht nur die Kältehilfe muss massiv ausgebaut werden. Es muss auch zentral gelegene Beratungsstellen, Wärmestuben und ausreichend Notübernachtungsplätze geben, die das ganze Jahr geöffnet haben. Mit den im Bezirk ansässigen Vermieter:innen muss gesprochen werden, damit diese gezielt Wohnraum für besondere Personengruppen zur Verfügung stellen – auch als sogenannte Trägerwohnungen für betreute Wohnformen. DIE LINKE. fordert vor allem auch eine Einrichtung für wohnungslose *Frauen*, mit und ohne Kinder.

Z wie Ziele

DIE LINKE. will in den kommenden Jahren Politik und Amtshandeln im Bezirk kritisch hinterfragen und unbequem sein für diejenigen, die Entscheidungen an den Bürger:innen vorbei treffen.

DIE LINKE. will ansprechbar sein für die Anliegen von Bürger:innen – vor allem für jene, die sonst kein Ohr finden. Ihre berechtigten Anliegen werden wir dahin bringen, wo sie gehört werden müssen.

DIE LINKE. stellt sich sozialen und ökologischen Fragen und zeigt Lösungsansätze auf, wo andere nur wegschauen.

DIE LINKE. setzt auf Bürger:innenbeteiligung und Austausch mit denen, die Steglitz-Zehlendorf sind: mit Ihnen! Daran lassen wir uns und unsere Politik gerne messen!

DIE LINKE. will, auch in Steglitz-Zehlendorf, dazu beitragen, dass aus passivem Unmut aktiver Widerstand wird. Wir stellen uns gegen Lohndumping, Sozialraub und den Ausverkauf öffentlichen Eigentums. Wir wollen die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verändern und ringen für einen Politikwechsel.

DIE LINKE. bittet um Ihr Vertrauen und Ihre Stimme bei der Wahl der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf 2021!